

direkt



Objektschutz bei der Bereitschaftspolizei und die Debatte um Mindestlöhne Milchmädchenrechner und Heuchler am Werk?

Mit Wirkung vom 31.12.2011 hat die rheinland-pfälzische Landesregierung die Verträge mit den privaten Sicherheitsunternehmen zur Durchführung des Objektschutzes in den Liegenschaften der Bereitschaftspolizei gekündigt. Die Bewachung der Liegenschaften muss dann wieder durch eigenes Personal sichergestellt werden. Laut Vorlage der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2012 – 2013 sollen auf diesem Weg rund 1,23 Millionen Euro jährlich „eingespart werden“. Eine Milchmädchenrechnung aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Statt der nach Mindestlohntarif bezahlten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter privater Sicherheitsunternehmen müssen ab dem 31.12., 18.00 Uhr, dann deutlich teurer bezahlte und dafür auch nicht ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte oder nicht minder zu bezahlende Verwaltungs- oder Tarifbeschäftigte unter Abzug von ihren eigentlichen Aufgaben diese Tätigkeiten übernehmen. Mindestens 60 - vermutlich eher mehr – Kräfte werden zukünftig dort gebunden und fehlen in ihren eigentlichen Aufgabenfeldern.

DPoIG-Landesvorsitzender Werner Kasel: „Hier wird nach dem Prinzip der ‚EHDA-Finanzierung‘ gehandelt – sprich das Personal ist ja ‚eh da‘, wird eh bezahlt und kann die Aufgaben auch übernehmen. Eine schlimme Milchmädchenrechnung, denn gespart wird am Ende an der Sicherheit, weil hoch qualifizierte Polizeibeamtinnen und Beamte Pförtnerarbeit erledigen müssen und dort fehlen, wo sie wirklich gebraucht werden.“

Pikant ist das Ganze dann vor der aktuellen Debatte um Mindestlöhne und Tariftreue. Ab dem 01.03.2012 steigt der gesetzliche Mindestlohn für Sicherheitsdienstleistungen in Rheinland-Pfalz von derzeit 6,53 € auf dann 7,00 € und ab dem 01.01.2013 auf gigantische 7,50 € (brutto wohlgemerkt). Die Ankündigung der Unternehmen, dies natürlich an den Auftraggeber (Land Rheinland-Pfalz) weitergeben zu müssen, nutzte ebendieser Auftraggeber dann zur Inanspruchnahme eines Sonderkündigungsrechts für die bestehenden Verträge.

Werner Kasel: „Angesichts der Forderung der Landesregierung nach einem bundesweiten Mindestlohn von 8,50 Euro kann man sich dem Eindruck der Heuchelei nicht entziehen, wenn die Dienstleistungen mit deutlich niedrigerem Ansatz in der eigenen Haushaltsplanung schon zu teuer sind. Wir würden uns wünschen, dass das Land eigenes Bewachungspersonal einstellt, dieses nach Tarifvertrag der Länder (TV-L) ordentlich bezahlt und viel teurere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nicht der Sicherheitsarbeit für Land und Bevölkerung entzieht. Das Parlament ist dazu am Zug“